



€UROLAND

Der Deutschen Weg

Cornelia von Soisses & Franz von Soisses



Verlosungen, Leseproben, News und mehr?

Jetzt Social Media Kanäle abonnieren!

--- LESEPROBE ---

Euroland

Der Deutschen Weg

Cornelia & Franz von Soisses

Soisses!

Leserstimmen



"Wer wirklich wissen will was in den Köpfen der Politiker vorging und vorgeht ist mit diesem Buch bestens Beraten. Harte Fakten und kein Drumrumgerede."

Bastian B. auf Facebook

"Erstaunlich wie viele Aspekte es in dieser Krise doch gibt, und was man in der Wirtschaftswelt alles mit einkalkulieren muss. Fehler wurden viele gemacht, das ist klar, aber es gibt viel zu viele Leute die meckern ohne auch nur einen Hauch von der ganzen Materie zu verstehen. Mit diesem Buch hat man die Chance dazu. Hervorragend erklärt von den Autoren."

Detlef Hartmann, Probeleser

"Gerade da alle immer nur von der großen Krise sprechen, die 2012 so richtig zum Vorschein gekommen ist, ist es sehr interessant die Interpretationen, Anzeichen und Entwicklungen der vorigen Jahre dargelegt zu bekommen. Dieses Buch ist ein Muss für jeden der sich für Wirtschaft interessiert."

Katarina S., Studentin International Business

Jetzt bestellen! 

amazon.de




Über das Buch

In *"Euroland - Der Deutschen Weg"*, welches den Vorspann zu *"Euroland - Ein Märchenland ist abgebrannt"* und *"Euroland - Dämmerung im Märchenland"* darstellt, wird der Leser zum Zeuge des Geschehens vor der ganz großen Hektik 2012.

Die deutsche Sichtweise

Wie ist es überhaupt zu dieser Krise gekommen? Welche Risiken wurden bewusst und unbewusst eingegangen? Warum konnte - oder wollte - uns niemand davor warnen? Und hätte man frühzeitig eine Notbremse ziehen können? Das sind nur wenige von vielen Fragen die in gewohnter Soisses-Manier mit klaren Worten beantwortet werden. Die deutsche Sicht- und Handlungsweise von politischer Rhetorik in verständliche Sprache übersetzt.

Soisses Verlag © 2013

Autor: Franz von Soisses

Lektorat: Cornelia von Soisses

www.soisses.com

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die der Übersetzung, des Nachdruckes und der Vervielfältigung des Werkes, oder Teilen daraus, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Intro

Dieses Buch ist der Vorspann zu „**Euroland – ein Märchenland ist abgebrannt**“ und dem Folgeband „**Euroland – Dämmerung im Märchenland**“.

Diesmal werfen die Soisses-Autoren einen Blick auf die deutsche Sichtweise in der Eurokrise. Der Inhalt beschreibt die Situation aus den Jahren 2010 und 2011. Die Kapitel haben nichts an ihrer Aktualität eingebüßt, auch wenn zum Zeitpunkt der Beschreibung die Hektik des Jahres 2012 noch nicht bekannt war.

Obwohl es das dritte Buch der Euroland-Reihe ist, verlegt es den Zeitpunkt der Betrachtung der Geschichte der Eurokrise zeitlich leicht zurück, verlängert dadurch den roten Faden. Durch Verweise auf die deutsche Historie wird ein Einblick in die Politik der Deutschen und ihrem Weg nach Europa skizziert.

In bekannter Art wird politische Rhetorik in verständliche Sprache übersetzt.

Vereinigung

Die Vereinigten Staaten von Europa sollen es werden, aber nach welchem Vorbild denn? So etwas wie die Vereinigten Staaten Amerikas wird aus Europa nicht werden, obwohl es wohl diese sind, die in dieser Schimäre von einer Idee beinhaltet sein sollen. Aus deutscher Sicht ist ein Blick auf die Wiedervereinigung hilfreich, um Idee von Realität zu unterscheiden. Was als Wiedervereinigung bekannt ist, war tatsächlich der Beitritt der fünf neuen Länder in den Einzugsbereich des Grundgesetzes. Untermalt mit der politischen Metapher: "Es wächst zusammen, was zusammengehört."

Der Gedanke ist nicht sonderlich falsch, nur wuchs in den bisherigen 22 Jahren nichts zusammen. Ost- und Westdeutsche sind sich so fremd wie seit Bestehen der Mauer vorher auch. Wie auch nicht, bei unterschiedlichen Biografien, Erinnerungen und Lebensumständen. Es macht ja nichts ungeschehen, nur weil die Währung eine andere ist, oder statt eines Generalsekretärs nun ein Kanzler an der Macht sitzt. Die damals 20-Jährigen sind nun 40-Jährige mit enttäuschten Erwartungen über die Versprechen der Wiedervereinigung. Sei es im Westen über den Soli, jene Zusatzsteuer, die seit der Wiedervereinigung erhoben wird, seien es die Ostdeutschen über den weiterhin bestehenden Einkommensunterschied für die gleiche Arbeit.

Oder sei es die Arroganz der Westdeutschen, die den Ostdeutschen befremdlich ist, wie umgekehrt den Westdeutschen die Ostalgie der Ostdeutschen unverständlich ist. Die damals 40-Jährigen sind heute 60-Jährige oder älter mit trüber Aussicht auf die Altersrente, die nachhaltig durch die Agenda 2010 der SPD und der Politik der CDU immer geringer wird. Das einstmalige Wohlstandsversprechen wurde für ungültig erklärt, man habe über seine Verhältnisse gelebt. Da wundern sich die Ostdeutschen - wir Ex-DDRler können

eher nicht gemeint sein - und die Westdeutschen staunen - wir zahlen den Soli und jetzt gibt es auch noch weniger Rente dafür? Hätten wir das vorher gewusst, dann stünde die Mauer noch, so würden die Westdeutschen und die Ostdeutschen antworten, aber 5 Meter höher, als sie gewesen ist und mit Glasbausteinen, dass ihr herüberschauen könntet, wie gut es uns geht.

Die damals 60-Jährigen sind seither Rentner und Kummer gewohnt, sie haben immerhin den Hitler gehen sehen und den Honecker auch, an Kohls "blühende Landschaften" hat man ohnehin nie geglaubt und bis heute hat die auch noch niemand gesehen. Eine Wiedervereinigung gibt es nicht - im Sinne von zusammenwachsen, was zusammengehöre. Da braucht man vor einer Vereinigung Europas keine Angst zu haben, die zeichnet sich noch lange nicht ab. Wer sollte denn da mit wem zusammenwachsen, in welcher Erinnerungsgemeinsamkeit oder erwartungsvoller Hoffnung? In gemeinsamer Verarmung?

Nö, lasst mal gut sein, so war die Sache ganz bestimmt nicht gedacht, noch je gewollt. Wir haben in Deutschland noch genügend zu tun mit der Wiedervereinigung, nämlich diese zu verdauen, vom Schaffen sollte man da besser nicht reden. Vielleicht glauben jene Jahrgänge daran, die damals erst geboren wurden und von den alten Zeiten nichts kennen, nichts wissen und vermutlich auch nichts wissen wollen. Vielleicht, darauf verlassen sollte man sich eher nicht, denn diese Generation sind die heute 20-25-Jährigen mit geringen Einkommen, prekären Arbeitsverhältnissen und ungewissen Perspektiven - sozialen Sicherungen, Rentenanwartschaften, Arbeitsplätzen.

Da fehlt noch viel Zukunft im eigenen Land, geschweige denn eine Zukunft in Europa - im Angesicht von Griechenland und Portugal. In vielleicht noch einmal 20 Jahren wird Deutschland sich eingewöhnt haben in seine Wiedervereinigung, aber zusammengewachsen wohl eher noch nicht, so schnell verblässen die Erinnerungen nicht und

werden Biografien nicht ausgeheilt. Wir schreiben dann das Jahr 2032, die Republik wird gealtert sein, mehr deren Einwohner, weil sie sich mehrheitlich in Rente befinden, falls die Politik nicht doch noch die Rente mit 75 erfindet.

Andere Länder Europas haben ähnliche Probleme, wie Belgien mit seinen Flamen und Walonen, die Spanier haben ihre Basken, Italien seine Kluft zwischen Nord- und Süditalien. Ob Tschechen und Slowaken erneut vereint sein wollen, ist eine offene Frage usw. quer durch ganz Europa und das seit Jahrhunderten. Eine Wirtschaftsunion ist eine Sache, eine Staatsgründung etwas völlig anderes. Nur die Landkarte des 19. Und 20. Jahrhunderts betrachtet, hat keine "Reichsgründung" Europas überstanden, nicht die napoleonische, nicht Österreich-Ungarn, Preußen nicht und nichts sonst, was in dieser Zeit sich an Europa versuchte.

Dem könnte man entgegenhalten, dass Kriege sicher ungeeignet sind, einen Staat zu begründen, geschweige denn Europa zu vereinen. Nun gibt es Frieden, also kann es gelingen. Statt Krieg mit Waffen gibt es allerdings einen Wirtschaftskrieg mit dem Exportwahn der Deutschen, der Überschuldung der Griechen, Portugiesen und anderen mehr. Frieden ist ein politischer Status quo, zumal es in Europa keinen Anlass gibt für einen Waffengang, der ohne Ziel wäre und zu gewinnen auch nicht. Deshalb jedoch macht es nicht schwupps und fertig ist die Staatsgründung Europas.

Dem stünde das Selbstbestimmungsrecht der Völker entgegen, nicht so sehr das vermeintliche Selbstbestimmungsrecht der Politiker. Gerade die Finanzkrise lässt Reminiszenzen deutlich werden. Die Griechen verbrennen die deutsche Flagge, weil sie sich nicht unter deutsche Kuratel stellen lassen wollen. Aus Deutschland erfolgt der Ratschlag, man müsse Griechenland industrialisieren, während überall in Europa die Deindustrialisierung um sich greift. Ein Stichwort Deindustrialisierung: Haben nicht die Westdeutschen im Zuge der Wiedervereinigung Ostdeutschland deindustrialisiert vor dem

Meinungshintergrund, dass Westdeutschland ausreichend Kapazitäten besitze, den Osten zu versorgen?

Und nun soll für Griechenland genau das Gegenteil richtig sein? Wer solche Freunde in Europa hat, braucht wahrlich keine Feinde mehr. Am deutschen Wesen soll Europa genesen, weil es vormals mit der Welt nicht geklappt hat? Das muss europaweit Befindlichkeiten auslösen, gerade wegen der Erinnerungen, die noch lange nicht verhallt sind in den Annalen der Geschichte. Da haben die Deutschen in 60 Jahren BRD das Saarland nicht sanieren können und Mecklenburg-Vorpommern in den 20 Jahren Wiedervereinigung nicht, wollen sich jetzt aber im Handstreich an Griechenland versuchen und gar Europa vereinen, oh Gott, bitte alles, nur das nicht. Im Jahr 2009 verkündete die Bundesregierung, die Schulden des Ersten Weltkrieges seien getilgt.

Na immerhin, aber was ist mit den Schulden des Zweiten Weltkrieges, oder was ist mit den Kosten der Deutschen Einheit, nun gar der tiefe Schluck aus Pulle - die Rettung von Euro und gar Europa? Die wären ja nicht deshalb aus der Welt, weil man gerade staatsgründelt. Da ist noch etwas, was bislang noch alle Reiche seit dem alten Rom hat scheitern lassen, die Überdehnung. Die Annahme der ehemaligen Siegermächte gegenüber der Wiedervereinigung der Deutschen war, dass Deutschland überdehnt würde und deshalb mit sich selbst beschäftigt sei, jedenfalls nicht erneut Störenfried in Europa sein könnte. Frankreich machte zur Bedingung, dass Deutschland seine DM aufgeben müsste und dem Euro beitreten, damit es nicht von seinem Vetorecht Gebrauch mache gegen die Wiedervereinigung.

So ist es dann gekommen. Zur Wiedervereinigung gesellte sich der Euro und mit ihm die Staatsverschuldung der Euroländer. Wenn das keine Überdehnung ist, was wäre dann eine Überdehnung? Die Wiedervereinigung noch nicht geschafft, aber Europa vereinen wollen, das ist eine Überdehnung, aus der nichts entstehen kann, nicht einmal

etwas Schlechtes. Die Mühlen der Geschichte arbeiten langsam, weil gut Ding Weile haben muss.

Demütigung

Wirklich historische Momente, bei denen man Zeitzeuge wird, sind selten - wie etwa Willy Brandts (SPD) Kniefall von Warschau oder der Fall der Mauer. Weitaus seltener, aber eine wirkliche Rarität, sind Momente, in denen die Demokratie entwürdigt wird und Verursacher jene sind, die dazu gewählt wurden, Schaden vom Land fernzuhalten - die Politiker. Der Abschied des Altbundespräsidenten Wulff (CDU) ist eine solche historische Rarität. Es wäre genug gewesen mit seinem Rücktritt, da er dem Wesen des Amtes nicht genügen konnte. Dass er nach Gesetz eine lebenslange Rente erhält sowie Dienstwagen, Büro und Personal, ist nur schwer zu verstehen, aber nach Recht und Gesetz.

Der Tropfen zu viel war dann doch die Verabschiedung, hierauf hätte er verzichten sollen. Das tat er nicht und gelangt mit diesem Vermächtnis in die Geschichtsbücher der Republik. Die Bürger protestierten hörbar mit Trillerpfeifen und Vuvuzelas. So wurde Altpräsident Wulff in der Geschichte der Bundesrepublik der erste Amtsträger, der dieser Art demütigte und gedemütigt wurde. Es ist ein deutliches Zeichen für die Zerrissenheit des Landes zwischen Hartz IV für die einen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, und Politikern, die den Hals zulasten des Volkes nicht voll genug kriegen können. Schwer erträglich war und ist Altkanzler Schröder (SPD) und seine Satrapen, die 2002 den Verfassungskonflikt Hartz IV durchsetzten und im Jahr 2005, als es Gesetz wurde, abgewählt wurde.

Befindlich, denn Schröder war ein Absichtstäter. Als er wusste, dass er überzogen hatte und die Mehrheiten schwanden, äußerte er im vertrauten Kreis: "Er müsse nun etwas tun, was seine Parteigenossen sicher nicht gut finden würden." Er wechselte ohne Schampause in den Aufsichtsrat der russischen Gazprom AG, für das 10-fache Einkommen

dessen, was er bis dahin an Dienstbezügen als Bundeskanzler erhielt. Mit den Wirkungen seiner Gesetze muss das Volk leben - Leiharbeit, Hartz IV und Rentenkürzungen. Der ehemalige Außenminister Fischer (Grüne) tat es ihm gleich und wechselte in den Aufsichtsrat des Nabuccokonsortium, sein Wirtschaftsminister Clement (SPD) wechselte in den Aufsichtsrat einer Zeitarbeitsfirma.

Nicht weniger unbekannt ist der ehemalige Wirtschaftssenator von Berlin, Sarrazin (SPD). Er schrieb sein Skandalbuch und kassierte Millionen an Honorar - das sei ihm als Autor gegönnt, nicht aber seine Äußerungen zu Hartz IV. Sarrazin-Menü und Sarrazin-Synthetik: "Hartz IV Opfer sollten sich einen warmen Pullover anziehen und weniger heizen, 16 Grad Zimmertemperatur im Winter seien ausreichend." All das nennt sich Arroganz der Macht und wird schlicht zynisch, wenn es mit Diskriminierung der Opfer der Politik einhergeht. Über diese Demütigung wird die Zeit nicht ihren Mantel legen, wie es die Kommentare von Politikern derzeit wohl gern sehen wollen.

Die Geschichte vergisst nicht und die Bürger der Republik, daher ihr Protest, können die Demütigung nicht hinnehmen, sie wollen die Würde der Demokratie gewahrt wissen. Das beruht auf dem sicheren Gefühl, dass wir nur diese Demokratie haben, wir wissen nicht, welches politische System dieser folgen könnte oder würde, mit welchem politischen Personal und wem verpflichtet. Trotz der Befindlichkeit der Ereignisse rund um den Altbundespräsidenten geht die Demokratie nicht gleich unter, wäre da nicht die Gefahr, dass solcher Art Verhalten Schule macht.

Es ist ja nicht so, dass die Bundesrepublik frei von Skandalen der Politik war und (wie geschehen) noch immer ist. Man kann sich nur nicht hinstellen und über "spätromische Dekadenz" auslassen wie Herr Westerwelle (FDP) oder behaupten, "wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt", Kanzlerin Merkel (CDU) und im nächsten Augenblick

200.000 Euro Ehrensold für 2 Jahre Amtszeit auszahlen, oder eine Politik zulasten der Bürger betreiben und sich selbst den weiteren Werdegang in der Wirtschaft vergolden - eben noch Kanzler, im nächsten Augenblick Aufsichtsrat.

Ab hier beginnt der Fisch, am Kopf zu stinken. Einer solchen Politikerkaste ist jedes Maß abhanden gekommen, durch keinerlei Mandat gedeckt. Moral ist sicher geeignet, eine Massengesellschaft zusammenzuhalten, aber ein ebenso schlechter Ratgeber. Der Staat als solches ist schon zu allen Zeiten, seit es Staaten gibt, ethisch verpflichtet. Weil er als Überbau getragen wird von der Basis, eben dem Volk, zu dem trotz aller Arroganz auch die Politiker gehören. Die Historie aller Republiken in der Geschichte beweist deutlich, wann diese in den Orkus der Geschichte eingingen, dann, wenn die Arroganz der Macht nicht mehr dem Staat und dem Gemeinwohl diene, sondern den Politikern oder partikularer Interessen einer vermeintlichen Schicht von "Eliten und Leistungsträgern".

Altkanzler Kohl irrte genau nicht, als er sagte: "Wer die Geschichte nicht kennt, ist gezwungen, sie zu wiederholen." Seit jeher sind es die immer gleichen Entwicklungen gewesen, die Republiken und Demokratien scheitern ließen. Eine gewöhnliche Alternativlosigkeit verhindert diese Entwicklungen genau nicht, auch ohne reflexartig das Gespenst vom Sozialismus zu berufen. Wenn Politik ihre Machtbasis verliert durch Vertrauensverlust an der Basis, entwickelt sich ein Machtvakuum, das von selbst mit Kräften gefüllt wird, die ein Interesse an der Macht haben, gleich aus welchen Gründen. Macht an sich verwaist nicht. Hitler gelangte zur Machtergreifung, weil er zum einen gewählt wurde, aber zum anderen durch die deutsche Wirtschaft finanziert wurde.

Die Wirtschaft hatte Anfang der 1930er Jahre erhebliche Interessen an einer anderen staatlichen Ordnung, die genau nicht demokratisch verfasst sein sollte. Das aber nicht allein, schließlich verging das 1000-jährige Reich hitlerscher Rhetorik in "nur" 12 Jahren. Im Ergebnis des Zweiten

Weltkrieges entstanden zwei deutsche Staaten, deren Ordnung zuvor auf den Konferenzen von Jalta 1943 und Potsdam 1945 durch die Siegermächte vereinbart wurde. Nach dem Morgenthau Plan der USA sollte aus Deutschland ein Agrarstaat und deindustrialisiert werden, die Sowjetunion hatte zunächst mit ihrem ostdeutschen Teil auch keine andere Absicht.

Wie auch anders, irgendeine Macht in Deutschland bestand nicht, schon gar nicht 1945. Das Machtvakuum füllten in Westdeutschland die Alliierten und in Ostdeutschland die Russen. Als beide Blöcke aneinandergerieten und der Kalte Krieg begann, erst dann kam es zum Marshallplan der USA, dem Ursprung des später so benannten deutschen Wirtschaftswunders. In den Parteiprogrammen der CDU und SPD fanden sich die Begriffe christlicher Sozialismus und demokratischer Sozialismus.

Mithin nicht das Gespenst vom bösen Sozialismus, wie er bis heute reflexartig in den politischen Debatten bemüht wird. In Ostdeutschland wurde ein "real existierender Sozialismus" propagiert, der nichts weniger als eine stalinistische Diktatur gewesen ist, die gleich mehrfach am Rande des Abgrundes stand, als die Demütigungen für die Menschen unerträglich wurden. Das geschah 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR, 1980 in Polen (Solidarnosc) und endete schließlich 1989 mit dem Fall der Mauer. Allen gemein ist die Bewegung der Masse, die zuvor durch die Politik der jeweiligen Staaten gedemütigt wurde.

Das ist der Stoff, aus dem die Alternativen entstehen, die sich hernach wie auch immer nennen mögen oder benannt werden. Abgesehen von dem Umstand, dass es völlig gleich ist, welcher Ökonomie - nichts anderes bezeichnen die Begriffe Sozialismus und Kapitalismus - sich die Basis anschließend zuwendet. Diese Alternative ist bereits beschrieben mit "Der Dritte Weg" (Ota Tschik 1972). Ob das ein realistischer Gedanke ist oder nicht, ist nicht entscheidend, es ist eine Idee, der sich eine gedemütigte Masse zuwenden kann, wenn sich

politisches Personal dafür findet. Nicht zu vergessen, das Grundgesetz Deutschlands nimmt keinen Bezug auf eine zugrunde liegende Ökonomie, sondern zur politischen Pflicht des Sozialstaates und zu "Eigentum verpflichtet, es soll zugleich dem Gemeinwohl dienen". Und es steht im Grundgesetz:

"Die Parteien wirken an der Willensbildung der Bürger mit." Wenden sich die Bürger ab von den Politikern der CDU und SPD, entsteht Raum für andere Parteien, seien es die Grünen, Die Linke, die Piraten oder eine andere Partei, die eine (welche auch immer) Alternative den Bürgern vorstellen. Soweit ist die Situation noch nicht gereift, es wird aber deutlicher, dass die Bürger sich mehr und mehr außerparlamentarisch artikulieren.

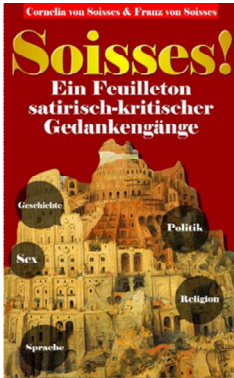
Ende der Leseprobe

Wie es weiter geht, erfahren Sie im Buch!

**Das Buch ist als eBook und gedruckte
Version auf Amazon.de erhältlich.**

[Hier klicken!](#)

Jetzt bestellen! 



Jetzt auf amazon.de bestellen!



Mehr Details: www.soisses.com



Danke fuer Dein Interesse! Wenn Dir die Leseprobe gefallen hat, habe ich als Autor eine kleine Bitte an Dich:

**Jetzt Freunde auf Facebook und Co. auf
das Buch aufmerksam machen :-)!**

